



Innenausschuss

20. Sitzung (öffentlich)

9. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Ernst, Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Zur Tagesordnung | 5 |
| a) Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes
(Drucksache 15/1644) | 5 |
| Die abschließende Beratung und Abstimmung wird auf den 29. Juni, 9:00 Uhr, vertagt. | |
| b) „Stand Bundesratsinitiative ‚ELENA‘“ (TOP beantragt von der Fraktion Die Linke; s. Anlage) | 5 |
| Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt 4
Umsetzung des Beschlusses zum Antrag „ELENA sofort aussetzen (Drucksache 15/133 – Neudruck; Vorlage 15/249)
heute nicht zu behandeln. | |

- c) **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP auf Behandlung des in der Tagesordnung als TOP 6 ausgewiesenen Punktes als TOP 1** 6
- Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglich als TOP 6 ausgewiesenen Punkt
- Beschuldigungen gegen den Minister für Inneres und Kommunales, in ein illegales Parteispendensystem der SPD verwickelt gewesen zu sein
- als TOP 1 zu behandeln.
- d) **Antrag der Fraktion der FDP auf Behandlung des in der Tagesordnung als TOP 5 ausgewiesenen Punktes als TOP 2** 6
- Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglich als TOP 5 ausgewiesenen Punkt
- Katastrophe bei der Love-Parade – Aktuelle Erkenntnisse zu Ursachen und Versäumnissen
- als TOP 2 zu behandeln.
- 1 **Beschuldigungen gegen den Minister für Inneres und Kommunales, in ein illegales Parteispendensystem der SPD verwickelt gewesen zu sein** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage 1) (s. a. Anlage 2, Beantragung durch die Fraktion der CDU: „In welcher Funktion hat Innenminister Jäger in der ‚Dankeschön-Affaire‘ der SPD Duisburg das LKA eingeschaltet? – Ist Innenminister Jäger noch glaubwürdig?“) 7
- Vorlage 15/674
- Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales
- Diskussion
- 2 **Katastrophe bei der Love-Parade – Aktuelle Erkenntnisse zu Ursachen und Versäumnissen** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) 59
- Vorlage 15/670
- Diskussion

3 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt 73

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196

Der Ausschuss kommt dem Wunsch der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nach, die Beratung wegen der noch nicht erfolgten Auswertung des Anhörungsprotokolls auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

4 Gesetz über die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit 74

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1927

Diskussion

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zu.

5 Abschiebehaft abschaffen! 77

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1683

Gegen den Wunsch der Fraktion Die Linke, nach der Sommerpause ein Sachverständigengespräch durchzuführen, erhebt sich kein Widerspruch.

6 Zwischenbericht zum Zensus 2011 (TOP beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; s. Anlage) 78

Der Ausschuss verständigt sich auf eine schriftliche Stellungnahme des Ministeriums für Inneres und Kommunales.

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung

- a) **Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes (Drucksache 15/1644)**

Vorsitzende Monika Düker teilt mit, auf Bitten der Fraktionen von SPD und Grünen sei die o. g. Beratung von der Tagesordnung für diese Sitzung heruntergenommen worden. Jetzt gehe es um die Terminierung des weiteren Verfahrens.

Thomas Stotko (SPD) ergänzt, nach ihm vorliegenden Informationen habe auch die Fraktion der CDU gewünscht, heute auf diesen Punkt zu verzichten.

Seine Fraktion schlage vor, die Beratung am 22. Juni im Anschluss an die Sitzung des Rechtsausschusses um 16:00 Uhr oder am 29. Juni vor dem Plenum um 9:00 Uhr durchzuführen. Priorität genieße wegen des zu erwartenden längeren Antrags der Termin 22. Juni.

Theo Kruse (CDU) plädiert wegen Terminschwierigkeiten bei einiger seiner Kollegen am 22. Juni für den 29. Juni, 9:00 Uhr.

Vorsitzende Monika Düker ist daran gelegen, dass die Änderungsanträge den jeweils anderen Fraktionen nicht als Tischvorlage, sondern rechtzeitig vorher zugehen.

Hans-Willi Körfges (SPD) kündigt die Zuleitung des Änderungsantrags der regierungstragenden Fraktionen für die übernächste Woche nach Abstimmung darüber in den Fraktionen von SPD und Grünen an.

Theo Kruse (CDU) erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Die abschließende Beratung und Abstimmung wird auf den 29. Juni, 9:00 Uhr, vertagt.

- b) **„Stand Bundesratsinitiative ‚ELENA‘,, (TOP beantragt von der Fraktion Die Linke; s. Anlage)**

Anna Conrads (LINKE) schlägt für ihre Fraktion als Antragstellerin für diesen Tagesordnungspunkt vor, das auf Bundesebene anberaumte Expertengespräch abzuwarten. Der Innenminister werde dann schriftlich über den Sachstand berichten. Be-

